

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

84 (12.4.1920)

Volkstreu

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 4.— M. einschl. 80 A. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 3.80 M.; durch die Post bezogen 3.80 M. ohne Abhol- u. Zustellgebühr, monatlich, Einzelgen. 20 A. Ausgabe: Werktags mittags; Geschäftszeit: 1/48—1/1 und 2—1/48 Uhr abends. Fernspr. Geschäftsstelle Nr. 123; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelleile 60 A., auswärts 70 A. Die 2spaltige 1.20 M. — Bei Wiederholungen Rabatt. — Annahmeschluss 1/48 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die englische Note an Frankreich.

London, 10. April. Die „Times“ melden, daß die letzten der französischen Regierung übermittelte Note über den französischen Vorkriegsstand in energischem Tone abgelehnt ist. Die Note erklärt, daß das Verhalten Frankreichs eine ernste Streitfrage im Zusammenhang mit der Durchführung des Friedensvertrages aufwerfe, die kaum anders behandelt werden könne, als durch eine Vereinbarung in der Aktion der Alliierten. Es sei bei einem Problem von solcher Größe, wo keiner der Alliierten der Lage sein würde, mit ihm allein gegen den Widerstand Deutschlands fertig zu werden. Die Note instruiert den britischen Botschafter in Paris, an keiner Konferenz der Vorkriegs-Friedensverträge teilzunehmen, in der Fragen, die den deutschen Friedensvertrag betreffen, zur Beratung kämen, wenn Frankreich nicht die Versicherung gibt, daß es in Zukunft mit den Alliierten gemeinsam handeln würde.

Französische Gegennote.

Paris, 12. April. Ministerpräsident Millerand empfing gestern nachmittag Lord Derby und überreichte ihm die Antwort der französischen Regierung auf die Note der englischen Regierung.

Paris, 10. April. (Wolff.) In der von Frankreich der britischen Regierung übermittelten Note stellt die französische Regierung zunächst fest, daß über die Loyalität ihrer Haltung kein Zweifel bestehen könne. Die Alliierten seien von ihrer Politik nicht verstanden worden. Die französische Regierung hat immer erklärt, gegen den Einmarsch weiterer deutscher Truppen in das Ruhrgebiet zu sein und beigefügt, daß die Gerulaubnis hierfür auf jeden Fall die militärische Besetzung von Frankfurt und Darmstadt zur Bedingung haben müsse. Am 3. April informierte die französische Regierung ihre Vertreter in den alliierten Hauptstädten in diesem Sinne durch ein Telegramm, dessen Inhalt gleichzeitig den Alliierten Botschaftern in Paris zugestellt wurde, worin Marshall Foch die militärischen Maßnahmen prüfte, die nunmehr weder vermieden, noch aufgeschoben werden konnten. Andererseits erinnert die französische Regierung daran, daß es sich um die Verletzung einer der feierlichsten Bestimmungen des Versailler Vertrages handle, und daß die deutsche Regierung selbst die Notwendigkeit einer vorherigen formellen Bewilligung auf Aufhebung des Artikels 43 und gleichzeitig das Recht der französischen Regierung, hierfür einen Gebietsteil zu verlangen, anerkannt hat. Sie hat die französische Regierung über das deutsche Versprechen, die Reichswehr sofort nach Wiederherstellung der Ordnung zurückzuziehen, im Zweifel sein lassen. Weber für die Wiedergutmachung, noch für die Auslieferung der Schuldigen, noch für die Rache, noch für die Entlassung der Armee haben die Alliierten die durch den Versailler Vertrag ausgedehnten Befugnisse erhalten. Hat die britische Regierung die Gefahr dieser fortgesetzten systematischen Verletzungen wohl berücksichtigt? In welchem Augenblick glaubt sie auf dem Wege der Konzessionen stillstehen zu dürfen?

Auf jeden Fall ist Frankreich jetzt gezwungen, zu sagen: Es ist genug. Es verlangt weiter nicht mehr, als mit den Alliierten zusammen zu wirken. Die französische Regierung ist nicht weniger als die englische Regierung von der unumgänglichen Notwendigkeit überzeugt: die Einigkeit der Alliierten in der Ausführung des Friedensvertrages aufrecht zu erhalten. Dieses enge Einverständnis zwischen Frankreich und England ist jedenfalls unerlässlich zu einer gerechten Lösung der großen Probleme, die sich gegenwärtig sowohl in Anbetracht wie auf dem Balkan, wie in Kleinasien zeigen. Die Note schließt mit der Versicherung, daß die französische Regierung auf Grund dieser Erwägungen sich völlig bereit erklärt, sich vor ihrem Handeln in allen interalliierten Fragen, die die Ausführungen des Friedensvertrages aufwerfen, die Zustimmung der Alliierten zu sichern.

Protest der französischen sozialistischen Partei.

Paris, 10. April. An der Spitze der heutigen Ausgabe der „Humanité“ wird ein Protest der künftigen Verwaltungsausschusses der sozialistischen Partei gegen das Vorgehen der französischen Truppen in Frankfurt am Main veröffentlicht. Außerdem tabelt die Entschiedenheit, die jetzt von der französischen Regierung eingeschlagene Politik, die eine Politik des nationalen Bluts genannt wird.

Unter Franzosenherrschaft.

Frankfurt a. M., 10. April. Für den Verlust von zwei Fahnen und zwei Revolvern, die den Franzosen bei den Zusammenstößen am letzten Mittwoch abhanden gekommen sein sollen, fordern diese von der Stadt Frankfurt als Ersatz 10 neue Revolver, 10 neue Fahnen und 10000 Goldmark als Kontribution. Der Frankfurter Magistrat wandte sich an die Bürgererschaft mit der Bitte, ihm zur Wiederbeschaffung der vermissten Gegenstände beizustimmen und jetzt dafür als Verpfändung die Summe von 20000 M. aus. Für den Fall der Wiederbeschaffung war der Forderung der Kontribution von der französischen Besatzungsbehörde zugestimmt.

Nach einer weiteren Besprechung mit dem Oberbürgermeister hat der französische General de Weh mit Rücksicht auf die gute Haltung der Bevölkerung in den letzten Tagen auf die Zahlung der ursprünglich geforderten Kontribution von 10000 Goldmark verzichtet.

Darmstadt, 10. April. Sabenhäuser ist von den Franzosen besetzt worden. Die Reichswehrtruppen sind abgezogen.

Kassel, 11. April. Die Franzosen sind vorläufig nicht weiter vorrückend. In den letzten beiden Tagen wurden in Frankfurt a. M. 28 beziehungsweise 32 Personen polizeilich festgenommen. Über sie wurden Geldstrafen von 12 bis 100 M. ausgesetzt. Willkürliche Handlungen wegen Ueberschreitung der Polizeigrenzen oder Verletzung der Passvorschriften verhängt.

Berlin, 12. April. Amtlich. Die deutsche Regierung hat die französische Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß sich nach vorliegenden Nachrichten französische Truppen im Ruhrgebiet in der Richtung nach Wuppertal befinden. Für den Fall, daß diese Nachrichten sich bewahrheiten, sieht sich die deutsche Regierung verpflichtet, mit allem Ernst auf die Gefahr der bewaffneten Zusammenstöße der vordringenden französischen Truppenteile mit deutschen Truppen hinzuwirken. Aufgrund dieser Note hat Herr Paléologue am 10. April den deutschen Geschäftsträger dahin verständigt, daß Frankreich nicht daran denke, in Wuppertal zu bleiben, und Stadtluft sei nicht befehligt worden. Die französischen Vorkriegs-Friedensverträge werden in der Nähe dieser Stadt vorgelesen werden müssen.

Das Repräsentantenhaus für Frieden mit Deutschland.

Washington, 10. April. (Wolff.) Das Repräsentantenhaus hat den Vorschlag zur Wiederherstellung des Friedens mit Deutschland mit 243 gegen 150 Stimmen angenommen. Die Mehrheit setzt sich aus Republikanern zusammen und außerdem stimmten 22 Demokraten für die Annahme des Antrags, während 2 Republikaner dagegen stimmten.

Mit der Annahme dieses Antrages sind die Schwierigkeiten der Friedensfrage in Amerika noch keineswegs beendet. Wilson hat bekanntlich erklärt, daß er einem solchen Beschluß seine Zustimmung verweigern würde; der Friede müsse auf der Grundlage des Völkerbundes geschlossen werden. Es bleibt abzuwarten, ob er auf seinem Standpunkte verharren wird.

Folgen der Entlastung der Marineoffiziere.

Aus Wilhelmshaven meldet dem „Vorwärts“ ein eigener Drahtbericht: Die aus der Schutzhaft entlassenen Offiziere fühlen sich wieder stark und beginnen unter den Truppen eine bedeutende Agitation, die leicht zu großem Unmut führen kann. Das Stationskommando dürfte zu sofortigen Gegenmaßnahmen gezwungen werden, wenn die Offizierswühlerien in der Truppe in dieser Weise forgesetzt werden. Der Reichsregierung ist Mitteilung gemacht worden.

Altenmeiner Eisenbahnstreik in Amerika.

Amsterdam, 10. April. Die „Times“ melden aus New York, daß der Eisenbahnstreik sich jetzt von Atlantik bis zum Stillen Ozean ausbreitet. In Chicago sei die Lage sehr ernst. Einer Meldung aus London zufolge, fordern die amerikanischen Eisenbahnarbeiter eine Lohnerhöhung von einem Pfund Sterling die Woche.

Sitzung des Untersuchungsausschusses.

Berlin, 10. April. Der zweite Untersuchungsausschuss des parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung tritt am Mittwoch, den 15. April, zu einer öffentlichen Sitzung zusammen, in der die Vernehmung des Grafen Bernstorff und des Generalmajors Papen stattfinden soll.

Das Lebensmittellabkommen mit Holland unterzeichnet.

Amsterdam, 10. April. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet: Das Abkommen betr. eines Lebensmittellabors von 25 Millionen Gulden ist gestern unterzeichnet worden.

Belgische Phantasien und Behereien wegen der Ruhrgebietsfrage.

Brüssel, 11. April. Im Anschluß an einen Artikel von M. Rey im „Globe“ (Paris), der von der Loslösungsbewegung in Deutschland und von der Notwendigkeit für Frankreich und Belgien, sie zu unterstützen, handelt, auch wenn Lord George, Wilson und Mitti große Augen machen, bemerkt die „Nation“ (Belgien), ein ultramilitärisches Blatt, das gute Beziehungen zu Foch hat, folgendes: „Belgien und Frankreichs Interessen bedarf sich in dieser Frage. Man hat die Hypothese aufgestellt, daß die Erhebung im Ruhrgebiet eine verdeckte Revolution sei, um zum Zwecke eines Revolutionskrieges Truppen am Rhein zusammenzuführen. In dies der Fall, dann müssen unsere Truppen den ersten Anstoß aushalten. Sind sie nicht schon mit deutschen Gefolgschaften bombardiert worden? Wenn wir eines Tages die Politik des fait accompli befolgen, mit Frankreich vorgehen, Westfalen besetzen, ein paar Schlachten wagen und dem Herrn von Lord George trohen müssen, so geschieht dies alles, um noch größeres Blutvergießen auf Seiten der Belgier zu verhüten, die ungeschickt zwischen dem Rhein und dem holländischen Gebiet eingeklemmte belgische Armee vor dem Untergang zu bewahren und zu verhindern, daß von neuem Unglück über Belgien kommt. Wenn es nützlich und bringen nötig ist, die

Belgische Phantasien und Behereien wegen der Ruhrgebietsfrage.

Belgische Phantasien und Behereien wegen der Ruhrgebietsfrage.

Belgische Phantasien und Behereien wegen der Ruhrgebietsfrage.

Belgische Phantasien und Behereien wegen der Ruhrgebietsfrage.

Belgische Phantasien und Behereien wegen der Ruhrgebietsfrage.

Belgische Phantasien und Behereien wegen der Ruhrgebietsfrage.

Belgische Phantasien und Behereien wegen der Ruhrgebietsfrage.

Belgische Phantasien und Behereien wegen der Ruhrgebietsfrage.

Belgische Phantasien und Behereien wegen der Ruhrgebietsfrage.

Belgische Phantasien und Behereien wegen der Ruhrgebietsfrage.

wehrgeschwaderkommando dröhete unter Nr. 91720: Die in der Verfügung des Oberbefehlshabers v. Lüttwitz vom 13. März 1920 unter Zgh-Nr. 91698/99 und vom 14. März unter Zgh-Nr. 91702 zugesicherten wirtschaftlichen Vorteile werden aufrechterhalten. Die Erhöhung der Reichswehrgelohnung um 2 M. und die besondere Tageszulage von 7 M. sind bei den zur Aufrechterhaltung der Ordnung eingesetzten Verbänden als besondere Kampfszulage zunächst weiter zu zahlen.“

2. bis 4. (betrifft Punkte, die hier nicht interessieren). Für die Richtigkeit: Von Seiten des Wehrkreiskommandos: Glodowski, Der Chef des Generalstabs; Hauptmann im Generalstab, gez. Wegell, Obfit.

Während also die regierungstreuen, aus ihren Verbänden hinausgesetzten Soldaten in jenen Tagen ohne Obdach und Verpflegung in Berlin umherirrten, hatten das Reichswehrgeschwaderkommando und das Wehrkreiskommando 8 keine dringendere Aufgabe zu erfüllen, als dafür zu sorgen, daß die Wehrer durch das Scheitern des Putzsches nicht etwa um den ausbeutungen Zubehören kämen.

Auffakt zum Wahlkampf.

Das Parlament, das zurzeit in Deutschland maßgebende gesetzgeberische Instanz ist, ist ein Kind der Revolution. Aus dieser entstanden, trägt es den Namen „Nationalversammlung“, während ihm das Kleid des „Reichstages“ nicht recht sitzt. Das Parlament aber, das wir uns in kurzem selbst zusammensetzen werden, ist das erste nachrevolutionäre Parlament, ist der erste eigentliche Reichstag der deutschen Republik.

Der Internationalismus hat Schiffbruch gelitten, so frohlocken die Revolutionäre, und künden es höhnend, und ihre Prekäre flüßt es jubelnd nach. Mehr als je empfinden wir heute die gewaltige, kraftspendende und nie versiegende Macht des internationalen Gedankens. Wir sind keine Mitläufer der Weltrevolution, wir bauen unsere Zukunft nicht auf schwankender Basis einer schönen Phantasie, eines hell leuchtenden Luftschlosses auf, aber schon heute empfinden wir mehr als je den reinen Gedanken der Internationalen.

Von jener Klasse in Deutschland, die sich zwar in „Vornehmer“ Abgeschlossenheit vom Volke zurückzog, die nichtsozialistischer aber sich annahm, die Geschichte des deutschen Volkes, das sie gar nicht kannte, lenken zu wollen, trennt uns mehr als die Differenz einer anders gearteten politischen Meinung; es trennt uns von ihr, um das üble und abgemessene Wort zu gebrauchen, eine Weltanschauung. Die Schuld, die diese Klasse in den letzten Jahren auf sich geladen hat, ist ungeheuer groß. Vielleicht war es ein Gutes des Putzsches die Augen darüber geöffnet wurden, wohin der Weg ging.

Das Kabinett, das sich vor kurzem unter Mitwirkung der Gewerkschaften neu konstruiert hat, ist das Kabinett der Wahlen. Der Name allein bezeichnet die Größe der Aufgaben, die zu erfüllen Pflicht der Regierung ist. Der Ausfall der französischen Wahlen seit Beginn der französischen Republik beweist, daß die im Kabinett vertretenen Parteien auch die Wahlen „machen“. Wie weit dies bei der kommenden Reichstagswahl der Fall sein wird, läßt sich heute noch nicht übersehen. Es handelt sich um weit mehr als um die Erledigung technischer Fragen. Das Kabinett hat die große und schwere Aufgabe, die noch kein Kabinett bisher in betriebender Weise gelöst hat, endlich Ausdruck, Spiegelbild des Volkswillens zu sein, mit dem Volke in jene Fühlung zu treten, die allein lebhaften Widerhall am Wahltag gewährleisten. Wir verhehlen es nicht: ein anderes Kabinett hätten wir lieber gesehen. An Stelle des gründlichen Systemwechsels, der eine scharfe Reorientierung gegen rechts hätte zum Inhalt haben müssen, ist hauptsächlich ein Personalwechsel vorgenommen worden. Wir haben noch den Erfahrungen der letzten Zeit keine Ursache, Plankonwechsel auf die Zukunft auszuwirken. Es wird Aufgabe der neuen Regierung und in erster Linie unserer Genossen in ihr sein, sich das Vertrauen des Volkes im höchsten Maße zu erwerben, denn nur dann wird unsere Schlagkraft bei den kommenden Wahlen eine unüberwindliche sein.

Zimmer noch führen unsere Nationalisten das große Wort. Immer noch spielt der „bunte Rod“ eine Rolle, die er nach seinen Leistungen im Dienste des Volkes zu spielen längst nicht mehr berechtigt ist. Gewisse Leute im deutschen Volke müssen sich sagen lassen (falls sie es nicht selber einsehen): sie haben nichts mehr bei uns zu suchen. Der Boden, der sie trägt, ist deutscher Boden und den haben sie verraten. Sie haben sich die redliche Mühe gegeben, das deutsche Volk ins tiefste Unglück zu stürzen und als es schickung, da haben sie als Flüchtlinge — ihrem erlauchten Vorbilde in Amerongen getreu — diesen deutschen Boden verlassen. Wir erreichen das Ziel, das uns mit einem Ludendorff, mit einem Lüttwitz, mit einem Traub etwa verbinden könnte, wir haben keine Gemeinsamkeit mit jenen Leuten, und jeder afrikanische Wilde, jeder „Barbar“ steht uns geistlich und verstandesmäßig näher als sie.

Die Sozialdemokratie hat in der nächsten Zeit hohe Aufgaben zu erfüllen. Es ist ihre Aufgabe, ein wahrhaftiges Auge auf die Gefahr von rechts zu werfen, als es bisher geschehen ist. Es gilt eine so geschlossene Konzentration der Kräfte, wie wir sie im gleichen Umfange noch nie erlebt haben. Erreichen wir dies, dann wird die Sozialdemokratie freier aus dem Wahlkampf hervorgehen.

Wehrkreiskommando III (Berlin). Vlt. 1b Nr. 4480 S. 20. Berlin, 10. März 1920. 1. lb. Weiterzahlung der erhöhten Gehaltsliste. Reichs-

Hilflosigkeit.
 durch den auf Grund des Waffenstillstandes erzwungenen und überführten Rückzug des deutschen Heeres, welcher auch durch jenes Gebiet führte. Die Waffen waren seitdem verstreut geblieben. Es ist unklar, wenn der Ypener Kampfspruch behauptet, daß die Aufständischen beim ersten Angriff demontieren würden, vielmehr haben hartnäckige und blutige Kämpfe stattgefunden. Die bisherigen Verluste der Reichswehr, etwa 200 Tote und mehrere hundert Verwundete, sprechen eine andere Sprache. Dennoch ist die Angabe des Ypener Kampfspruches, daß jeder Gefangene erschossen werde und daß die Regierung weiter in der Verwendung ihrer Kampfmittel grausam und rücksichtslos gegen die Bevölkerung vorgegangen sei. Die Hilflosigkeit der Reichswehr, ferner ihr Mangel an Truppen nach erfolgtem Einmarsch geben die besten Beweise von der völligen Hilflosigkeit der französischen Besatzungen.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Ueber die Besprechung der Abordnung aus dem Ruhrgebiet mit der Regierung wird berichtet:
 Eine sehr große Abordnung aus dem Ruhrgebiet, zusammengesetzt aus Vertretern der Koalitionsparteien: Reichsvereinsparteien, Demokraten und Zentrum sowie Vertreter der im Ruhrgebiet stehenden Reichswehr fand sich in der Reichsanzlei ein, um die weitere Stimmung der Bevölkerung des Ruhrgebietes nachdrücklich vorzutragen. Die Aussprache zeigte erhellende Bilder aus der Zeit der Schreckensherrschaft der roten Banden. Einmalig erhebt die Bevölkerung die Forderung, daß das Gebiet nicht wieder von Truppen entblößt und den roten Truppen wieder ausgeliefert werde. Zu den Ortswegern habe man kein Vertrauen, da ihre Depots zu leicht dem Vöbel in die Hände fallen könnten. Der Reichskanzler versicherte, es sei alles gegeben, um wieder Ordnung zu schaffen und sie zu erhalten. Im dem Bezirk südlich der Ruhr werde sich die Auflösung der roten Banden und die Ablieferung von Waffen ohne Militär durchzuführen lassen. Nach englischen Berichten seien bereits 4000 Mann der roten Truppen ins besetzte Gebiet geschickt. Angehörige der Reichswehr befanden den ersten Willen, im Einvernehmen mit der Bevölkerung Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

Wie die „Börsen-Zeitung“ hört, haben die Bürgermeister der größeren Städte des Ruhrgebietes mit Essen an der Spitze beschlossen, heute eine Deputation nach Paris zu schicken, um dort die kritische Lage zu schildern, die eintreten würde, ehe eine ausreichende Sicherheitswehr organisiert sei.
 Die Zahl der in das besetzte Gebiet übertretenden Personen soll nach Angabe der englischen Behörde insgesamt 10 000 überschritten haben.

Wie stark die Bewegung im Ruhrgebiet gewesen ist, ergibt sich aus einem Aufruf des Essener Zentralrates zur Unterzeichnung der Forderung des Kampfes im Ruhrgebiet, der in der kommunistischen „Roten Fahne“ vom Donnerstag erscheint und in dem die dort herrschenden Zustände folgendermaßen geschildert werden:
 „Die Rot hier ist fürchtbar. Es gilt, entsetzliches Elend wenigstens zu lindern, die Hungergeplagten der Gefangenen nicht auch noch dem Hunger und der Verzweiflung anheimzufallen zu lassen, die Verwundeten und die hilflos gewordenen Flüchtlinge vor dem Hunger zu bewahren. Der größte Teil der Arbeiterschaft hat wochenlang im Streik gestanden, etwa 100 000 Mann waren an den Kampfhandlungen beteiligt.“

Alle Unternehmer blieben in den Wohnzählungen im Rückland. In die Kampftruppen sind nur in bescheidenem Umfang Soldaten geschickt worden.
 Die Kämpfer kommen abgerissen von der Front zurück.
 Die Menschen in der Kampfzone sind fast völlig verarmt, ihre Wohnungen leer, Kleider, Hausrat ist alles fort.“
 Der „Vorwärts“ bemerkt zu dieser Schilderung:
 „In die Schulbänke in diesem grauenhaften Zustand stellen sich die Diktaturpöbel beider Richtungen: die Rechts- und die Linkspolitiker. Ueber Geißeln und Trübsal noch besänftigt, zog von einer Stadt zur anderen und schließlich mein Gold bei den kleinen Krämer der Vorstädte, die ich damit einem erstickten Ausruhe begnügten, ohne mich wegen der Herkunft des Goldes zu examinieren. Mein schmiedlicher Reichtum brachte mich mit ungläubigen Gesellen in Berührung, die die Goldstücke mit unterhohlem Entzücken in ihren klebrigen Fingern prüften und sie mir für ihre dunklen Geschäfte abkauften. Ich führte damals ein gehobenes, armeliges Leben und oben drein wurde es immer schmieriger so zu leben. Ein Dichter könnte mein Schicksal breit ausspannen: ein Mann mit dem unerlösbaren Glückseligkeit in der Hand, dem Elend und dem Hunger preisgegeben — es wäre ein prachtvoller Vorwurf für einen Roman. Meine ganze Geschichte ist es. Ich bin kein Dichter, denn ich besitze keine Phantasie. Ich habe zu viel gesehen und das hat meine Phantasie erstickt. Ich kann Ihnen meine Geschichte darum nur erzählen.“
 (Fortsetzung folgt.)

Theater, Kunst und Wissenschaft.
 Amand Goegg. Zu unserem Gedankartikel über Amand Goegg in der Nr. 81 unseres Blattes vom 8. April teilt uns Staatspräsident Genosse Wilhelm Vlos, Stuttgart ergänzend mit, daß Goegg nicht nur sozialistisch gedacht habe, sondern auch in den letzten 20 Jahren seines Lebens unserer Partei als Mitglied angehört. Er war stolz darauf und darum ist diese seine Mitgliedschaft auch auf seinem Grabstein verzeichnet.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.
 Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.
 Vom „Zachenausender für Kleingartenbau“, einem lieben und zuverlässigen Ratgeber und Freund des Gartenbesizers, ist die Ausgabe für 1920 erschienen (Verlag der G. Braun'schen Buchverlagsanstalt in Karlsruhe, Preis 3 M.).
 Es ist zu begrüßen, daß sich der Kalender sehr eingehend mit dem G. m. u. b. beschäftigt, dieser wichtigsten und erstklassigsten Kultur des Kleingärtners, die aber leider noch immer nicht die Größe abwirft, die sie eigentlich bei sorgfältiger Beachtung der hier gegebenen Anweisungen bringen sollte. Bearbeitung des Bodens, Gestaltung des Gartens, Ansaat, Pflanz, Ernte und Aufbewahrung der Gartenfrüchte, Bekämpfung der Schädlinge usw. werden eingehend besprochen. Der Kleingärtner sollte die kleine Ausgabe nicht scheuen und diesen Kalender zu jeder Gartenarbeit bei sich führen. Rechtzeitig vorgelesen erspart Aerger und Kosten.

mern können sich rot- und weißplattierte Kappen die Hände reichen. Sie haben geschafft! Wo es zu helfen gilt, werden unsere Parteigenossen nicht beseitigen. Hilfe den Unglücklichen gewiß; aber auch Fluch über die Volkverderber.“

Die Bezirksleitung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands des Niederrheins betont, daß die Front stark nach rechts gekehrt werden müsse, daß man aber den Boden der Demokratie nicht verlassen dürfe. Zu dem von Essen nach Wormen geschickten Zentralrat der Volksgenossen Rheinlands und Westfalens nahm die Bezirksleitung folgende Stellung: Die Konferenz stellt fest, daß die Partei jede Mitarbeit im Zentralrat der Volksgenossen ablehnt, weil die Arbeit des Zentralrates nach der Durchführung der Bielefelder Beschlüsse erledigt ist.

Ueber die Haltung der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet

berichtet die „Frankfurter Zeitung“:
 Für jeden, der die Entwicklung der Ereignisse im Industriegebiet unvoreingenommen verfolgte, konnte es nicht zweifelhaft sein, daß die Politik der Reichswehr seit Samstag unternimmt, lediglich der Säuberung der schwer heimgesuchten Städte von den wilden Banden plündernden und mordenden Gesindel gilt. Der beste Beweis dafür ist, daß die Organisationen der Arbeiterschaft selbst einschließlich der unabhängigen den Einmarsch der Regierungstruppen seit Ende der vergangenen Woche in immer bringenderen Hilfserufen gefordert haben. Und daß man im Industriegebiet selbst den Vormarsch der Regierungstruppen, der nach der völligen Auflösung der Roten Armee in marschierende Plünderbanden zu einer unerlässlichen Notwendigkeit geworden war, keineswegs als eine gegen die Arbeiterschaft gerichtete Aktion ansieht, wie es die Entente-Prese zur Begründung der Besetzung des Rheinlandes hinzustellen versucht, das zeigen die Auslassungen, die die Arbeitstruppen während der Besetzung des Rheinlandes der Regierungstruppen widmet. So schreibt die „Niederrheinische Volksstimme“, das sozialdemokratische Organ für die Wahlbezirke Duisburg-Wülfrath-Oberhausen-Hamborn:
 „Erst ist und wir nunmehr von dem Schreckenregiment, das Mut fordert und restlos Hungerleed zur Folge haben mußte, erlöset von dem raschgerigen Treiben einzelner Panatier, die vom Egoismus getrieben nur ihr eigenes Ich kannten, ihre Person in den Vordergrund der ganzen Angelegenheit stellten. Der Truppe, die eine hunderttausendfache Bevölkerung zum endgültigen Untergang schickte, die das Schlimmste vom Schlimmsten noch in der letzten Stunde vermeidet und den Schreden ohne Ende ableitet, ist auch wir zu Dank verpflichtet. Die Hinfälligkeit von dem „Weißen Schreden“ haben sich als Hirngespinnste erwiesen. . . . Der Dank der Bevölkerung dem Militär gegenüber ist in rechtlicher und beherzigender Form zum Ausdruck gebracht worden.“

Badische Politik.

Deutschnationale Freiheit.

Statt sich ihrer Freveltaten zu schämen, fahren die Deutschnationalen mit ihrer bisherigen Sezpolitik fort, die sie nach dem mißglückten Kapp-Putsch noch zu überbieten suchen. Sie stellen sich als ahnungslose Engel hin, die ungeschuldvoll sich gegen alle Maßnahmen wenden, die die Regierung ergreift, um den Bestand der Republik zu sichern. So versucht die deutschnationale Fraktion des Badischen Landtags gegen die Säuberung der Einwohnerwehr anzurennen, indem sie folgende kurze Anfrage stellt:
 „Ist der Regierung bekannt, daß die Leitung der Einwohnerwehr auf Verlangen, wie es heißt, des Aktionsausschusses, von ihren Mitgliedern bei Androhung der Streichung die Unterschrift unter einen Verpflichtungschein verlangt, welcher an erster Stelle die Worte enthält: Ich erkläre, daß ich grundsätzlich auf dem Boden der republikanischen Staatsform stehe. Was denkt die Regierung gegen diese Vergegenwärtigung der Gewissens- und Ueberzeugungsfreiheit, die verfassungsgemäß jedem Staatsbürger zusteht, zu tun? Was denkt sie tun, um die Einwohnerwehr einer derartigen parteipolitischen Agitation der in dem Aktionsausschuß vertretenen Parteien zu entziehen?“

Zum Gehaltstarif der Beamten

schreibt uns ein Gewerbelehrer: Im badischen Beamtenbund haben sich die einzelnen Fachgruppen zu gewerkschaftlichen Verbänden zusammengeschlossen. Eine festeren Gewerkschaft scheint die Fachabteilung der Lehrer zu sein. Hier soll nicht die Befoldungsbewertung nach den gewerkschaftlichen Grundsätzen der Bildungsaufwendungen und Berufsaufwandsverhältnissen vorgenommen werden, sondern unter Berücksichtigung der früheren Klassenrechte. Man sollte dieses zwar in unserem demokratischen Staatswesen nicht für möglich halten, aber trotzdem ist es so. Die Gewerbelehrer fordern die volle gewerkschaftliche Gleichstellung mit den Mittelschullehrern, weil sie die weisungsgemäße Arbeit wie diese leisten, dieselben Bildungsaufwendungen haben und nachweisbar mit viel größeren Berufsaufwandsverhältnissen kämpfen müssen. Trotz dieser sachlich entscheidenden Gründen widersehen sich die Mittelschullehrer mit aller Energie der Einwirkung der Gewerbelehrer in die gleiche Gehaltsklasse mit ihnen, und zwar lediglich deswegen, weil die Gewerbelehrer nicht alle mit vollakademischem Gel gefüllt sind. Wie im alten Klassenstaat der Standesvorrechte will man in unserem jetzigen republikanisch-demokratischen Staat des sozialen Ausgleichs die alten Klassenrechte weiter pflegen und demgemäß eine scharfe Trennungslinie zwischen Akademikern und Nichtakademikern — genau wie im früheren System — gezogen wissen. Auch vertritt es das Prestige der Mittelschullehrer als Lehrer der besseren Reifejahre nicht, mit den Gewerbelehrern, den Lehrern der mündlichen Schulen der werkschaftlichen Volksgenossen und Proletariats auf die gleiche soziale Stufe gestellt zu werden! — Wenn kürzlich hier davon die Rede gewesen ist, daß der Hort der Reaktion hauptsächlich auch in den Kreisen der Mittelschullehrer zu suchen ist und 99 Prozent derselben dem jetzigen republikanischen Verfassungsstaat widerstreben, so mag die intransigente Haltung derselben gegenüber den Forderungen der Gewerbelehrer hierfür auch ein Wahrzeichen sein. Es darf jedoch erwartet werden, daß unsere Regierung und Volksvertretung demokratischer und gerechter denkt und fühlt, wie dieses die Mittelschullehrer nach obigem zum Ausdruck bringen.

Staatliche Berufsberatung der Kriegsbeschädigten.

Ueberall im Reich besteht das Bestreben, unsere Kriegsbeschädigten, den ihnen verbliebenen Kräften entsprechend, wie-

der in den großen Organismus der deutschen Arbeit einzugliedern und ihnen damit höhere Sicherheit und innere Befriedigung zu verschaffen. Die bisher im Lande nicht allenthalben gleichartig ausgeübte Berufsberatung, welche dem Kriegsbeschädigten zunächst zur Erreichung eines einträglichen Erwerbs die Wege weisen und vorbereiten soll, wird jetzt als staatliche Aufgabe betrachtet. Zu ihrer Durchführung werden neben einer Berufsberatungshauptstelle beim Landesgewerbeamt an den Eichen der Landeskommissariate und den beiden Handelskammerstädten Pforzheim und Schopfheim Zweigstellen gegründet. Das Landesgewerbeamt veranstaltet am 13., 14., 15. und 16. April zur Einführung für die bei den Zweigstellen wirkenden Herren einen „Bergrang für Berufsberater“ bei der Kriegsbeschädigtenfürsorge am Reservelazarett Ettlingen. Durch ärztliche, fachlich-soziale und andere einschlägige Vorträge und durch Velmohnung an Berufsberatungssitzungen werden die Teilnehmer an dem Bergrang mit dem umfangreichen Stoff der Berufsberatung bekannt gemacht werden und gleichzeitig einen Einblick in die Lehr- und Erfahrgliederverhältnisse am Reservelazarett Ettlingen erhalten.
 * Die Kreisversammlung für den Kreis Karlsruhe wird in diesem Jahr am Samstag, den 29. Mai, vormittags 10 Uhr beginnend, wie üblich im Rathausaal in Karlsruhe abgehalten werden. Die Kreisversammlung findet in diesem Jahr deswegen verspätet statt, weil die Steuerkataster, auf Grund deren die Berechnung der Kreisumlage erfolgt, nicht früher abgeschlossen werden können. Die Kreisumlage wird naturgemäß gegenüber den Vorjahren wesentlich steigen.
 Der Verkauf von Apparaten und Maschinen ins Ausland. Wie verlautet, werden in erheblichem Umfang Apparate und Maschinen der chemischen Industrie und der Maschinenfabrikation durch Altändler aufgekauft und ins Ausland gebracht. Es soll sich dabei um Anlagen handeln, die noch sehr wohl zu Fabrikationszwecken gebraucht werden können und zum Wiederaufbau des heimischen Wirtschaftslebens dringend benötigt werden. Es ergeht daher auch auf diesem Wege die Mahnung, beim Verkauf der in den Betrieben entbehrlichen Fabrikationsanlagen Zurückhaltung zu üben und Verkaufsangebote abzulehnen, wenn die Verwendung der Apparate und Maschinen im Inlande noch möglich erscheint.
 Viehableitung an den Feindbund. Bezüglich der Preise für das für den Feindbund aufzubringende Vieh hat das Ministerium des Innern dem bad. Bauernverein auf eine Eingabe hin geantwortet, daß der Reichswirtschaftsminister anlässlich einer in der deutschen Nationalversammlung gestellten Frage erklärt habe, daß die von einigen Seiten gestellte Forderung, es müsse bei der Bemessung der Preise für die abzugebenden Tiere die Marktlage vom Tage der Abnahme Berücksichtigung finden, unerfüllbar sei. Unter diesen Umständen könne auch von etwaigen Vorstellungen wegen nochmaliger Erhöhung der Viehpreise zur Zeit kein Erfolg erwartet werden.

Gemeindepolitik.

Der mit dem Kommunalisierungsgesetz!

Genosse Hoch fordert im „Vorwärts“ mit Recht die fortige Vorlegung des Kommunalisierungsgesetzes, welches den Gemeinden das Recht geben soll, solche Betriebe, deren Abnehmer im Bereiche der Gemeinde wohnen, zu enteignen. Am 16. Oktober vorigen Jahres sagte der Reichsminister des Innern, daß in der Nationalversammlung: Ich habe den Auftrag, ein Kommunalisierungsgesetz für die Gemeinden auszuarbeiten. Der Entwurf liegt fast vor. Weiter sagt der „Demokrat“:
 Für die Städte ist die Kommunalisierung nichts Neues, sondern wir haben uns seit Jahrzehnten damit befaßt, die Einrichtungen, die dem öffentlichen Wohle dienen, in die Hand der Kommunen zu bringen. Das Kommunalisierungsgesetz muß die Aufgaben haben, den Gemeinden diese Möglichkeit zu erleichtern. Ich denke dabei an Verkehrsunternehmungen, an die großen Licht- und Kraftzentralen, an das Beerdigungswesen, das Aufschlagwesen, das Kino- und Theaterwesen und manches andere. Heute, wo die Stadtverordnetenversammlungen neu zusammengesetzt sind, ist es eine besondere wichtige Aufgabe, ihnen Gelegenheit zu kraftvoller Arbeit auf diesem Gebiet zu geben.
 Das war im Oktober! Heute heißt es, die Vorarbeiten zum Kommunalisierungsgesetz seien „dem Abschluß nahe“, obwohl Mitte Oktober doch der Entwurf schon „fast“ vorlag. Die Gemeinden bedürfen eilig neuer Einnahmequellen, weil es ihnen an Mitteln zur Linderung der Not fehlt und weil sie mangelnde Steuern auch von den Proletariats nehmen müssen, die Steuerfahndung aber schließlich einmal ein Ende haben muß. Die Kommunalisierung nützt den Arbeitern und Angestellten in den kommunalisierten Betrieben wenigstens ein wenig, sie wirkt etwas lindend auf die Steigerung der Preise, obwohl man heute die Vorteile der Verstaatlichung nicht überschätzen darf, weil die Finanzklemme zur profitablen Verwertung der Kommunalisierung oder zum Verzicht auf sie nötig. Jedenfalls stimmen wir der Forderung des Genossen Hoch zu, „daß der Entwurf dieses Gesetzes endlich der Nationalversammlung angelegt werde“.

Aus der Partei.

Zur Kaiserfeier gibt der Zentralausschuß ein Programm heraus, das einen Vortragsgrundriß für eine Festansprache vom Genossen Dr. Braun, außerdem vier Festprogramme für groß- und kleinstädtische Verhältnisse, eine Anzahl geeigneter Gedichte sowie Erläuterungen über Form und Organisation der Feier enthält. Das Fest ist gegen Veranlassung von 1.10 M. (einschließlich Porto) durch den Reichsausschuß Berlin S.W. 68, Lindenstr. 3, zu beziehen.

Sozialdemokratischer Verein. — Bezirk Müppurr. Die Kommissionsmitglieder...

Arbeiterabenteurerbund. In dem Handarbeitsjahr der Gewerkschaft...

Hochschulkurse. Heute beginnt die Frühjahrsreihe der Karlsruher Volkshochschule...

Diebstahl. In der Nacht zum 8. April wurde in den Laden einer Firma in der Amalienstraße...

Mein Viehdiebstahl. In der Nacht zum Sonntag den 11. April wurden aus einer Feldhütte...

Veranstaltungen. Stiftungsfestkonzert des Gesangsvereins „Dyographia“...

Sinfonie-Konzert. Am 14. ds. Mts. gibt das Landes-Sinfonie-Orchester...

Tanzabend. Heute Montag, 12. ds. Mts. finden abends 8 Uhr im Eintrachtsaal...

Reisenspiele. Waldstr. 30 und Kaiserstr. 21. Spiele Serenitäre spielen...

Valuta-Bericht vom 10. April.

Die energische Haltung des englischen Kabinetts gegenüber Frankreich bewirkt eine erneute Festigung des Marktes...

Letzte Nachrichten.

Erklärung der süddeutschen Staaten.

Stuttgart, 10. April. Die am heutigen Vormittag hier abgehaltene Konferenz der Regierungen von Bayern, Württemberg, Baden...

Schwere Ausschreitungen der östlichen roten Garde.

Wien 10. April. Die rote Garde hat die hiesige Infanteriekaserne, sowie den Bahnhof besetzt...

W.D. Jostenstein, 11. April. Auf die Kunde vom dem Anmarsch der Reichswehrtruppen...

Schwere Explosionskatastrophe.

W.D. Schwaberg i. P., 11. April. Gestern vormittags fand im Lager der Gesellschaft für Heeresgut...

Protest gegen Auflösung der Einwohnerwehren.

Berlin, 10. April. Der Reichsbürgerrat hat eine Kundgebung an die Reichsregierung gerichtet...

Mittel unterzucht lassen wird, dieser ihrer Aufgabe zu genügen...

Auch die badiischen Einwohnerwehren haben beim Reichszentralrat...

Briefkasten der Redaktion.

Betriebsratswahlen. Ein Arbeitnehmer kann als Betriebsrat gewählt werden...

Schriftleitung: Georg Schöpslin, Verantwortlich für Artikel, Politische Überfahrt...

Vereinsanzeigen.

Karlsruhe. (Arbeiter-Sportklub) Mittwoch, 14. April, nachmittags 5 Uhr...

Wasserstand des Rheins.

Sauserinsel 135; Rehl 227, gef. 3; Magau 407, gef. 1; Mannheim 310, gef. 11 Zentimeter.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten, Wilhelm, B. Wilhelm Gerich, Wagenführer. Egon Roland, B. Wilhelm Wolf, Krankenwärter...

Todes-Anzeige. Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung...

Statt besonderer Anzeige. Den Verlobten empfehlen sich Hols-Gutmann...

Handelschule der Stadt Karlsruhe. Gemäß § 1 des Ortsstatuts vom 12. Juni 1908...

Eintrachtsaal. Mittwoch, 14. April, 7 Uhr. Das Landes-Sinfonie-Orchester für Pfalz u. Saarland...

Trauer-Hüte. In reicher Auswahl stets vorrätig 823 L. Weingand, Karlsruh-Mühlburg.

Stotternde. Frauen in kurzer Zeit sich selbst von dem unangenehmen Uebel befreien...

Wir suchen eine zuverlässige Zeitungs-Trägerin. auf 16. April. Geeignete Bewerberinnen wollen sich bei uns melden.

Die Städtische Sparkasse Durlach hat ihre Kassenstunden nunmehr wie folgt festgesetzt...

Haus- und Küchen-Mädchen gesucht. für Wirtschaftsbetrieb zum sofortigen Eintritt.

Keine Wanze mehr. Kammerlanger Berg's Radikalmittel. Beste Zeit z. Fruventlebung...

Städt. Vierordbad. Kohlensäure Bäder und elegante Wannenbäder...

Bruchtaler Anzeigen. Eier-Verkauf. Bei Nacht, Ecke Durlacher- und Ritterstraße...

Stadt. Arbeitsamt. Sachst. für das Hotel- und Wirts-Gewerbe. Jähringerstraße Nr. 98 (Erdgeschoss).

Städt. Fällige Fräser. zur Holzbearbeitung, nur erste Kraft, gesucht.

Mühen. aus dazu gegebenem Stoff und Futter werden angefertigt.

Offenburger Anzeigen. Brot-Preise. Der Preis für Schwarzbrot wird mit Wirkung vom 12. April an festgesetzt...

alten Sommerhüte. zum Umformen nach hinten vornehmen Modellen u. geschmackvoll Garnieren.

Chaiselongues. neue, in großer Auswahl billig zu verkaufen.

Kaufe! zu höchsten Preisen Kleider, Uniformen, Mäntel, Schuhe und Betten.

Offenburger Anzeigen. Brot-Preise. Der Preis für Schwarzbrot wird mit Wirkung vom 12. April an festgesetzt...

